

# BLogbuch Januar-Februar 2015

„Charlie“, der Salafismus und wir Deutschen

**»Was ist der Ausweg aus diesem Konflikt? Ich meine, um einen Konflikt lösen zu können, bedarf es immer zweier Seiten. Und ich darf erst einmal versichern, daß wir keinen Versuch auslassen werden, diesen Konflikt zu lösen. Unser Ziel ist die territoriale Integrität der Ukraine. Die muß wieder hergestellt werden, vor allen Dingen erst einmal kurzfristig im Bereich Lugansk und Donezk. Damit ist die Krim-Angelegenheit nicht vergessen, aber Lugansk und Donezk sind dringlichst. Unsere Forderung ist – und Deutschland hat diese politische Erfahrung machen können 1990 –, daß sich ein Land frei entscheiden kann, welchen Weg es gehen will. Aber unbestritten ist auch, daß es tiefe Verwurzelungen auch im ökonomischen Bereich zwischen Rußland und der Ukraine gibt, d.h. es wäre wünschenswert, auf der Basis des Minsker Abkommens erst einmal eine gewisse Stabilität herzustellen, und dann in einem größeren Rahmen zwischen der Europäischen Union und der Eurasischen Union zu überlegen: welche Kooperationsmöglichkeiten haben wir in einem Wirtschaftsraum, der ja selbst vom Präsidenten Putin benannt wurde, von Wladiwostok bis Lissabon zu kooperieren; denn das muß ja unser Ziel sein und ich hoffe, daß sich da Möglichkeiten ergeben...«**

(Angela Merkel auf dem 45. Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums vom 21.-24.01.2015 in Davos)

**»Genossen! Wir haben nicht mehr viel Zeit. In Vietnam werden wir auch wir tagtäglich zerschlagen, und das ist nicht ein Bild und ist keine Phrase. Wenn in Vietnam der US-Imperialismus überzeugend nachweisen kann, daß er befähigt ist, den revolutionären Volkskrieg erfolgreich zu zerschlagen, so beginnt erneut eine lange Periode autoritärer Weltherrschaft von Washington bis Wladiwostok.«**

(Rudi Dutschke auf dem Internationalen Vietnamkongreß in Berlin vom 17.-18.02.1968)

1

## Denk' ich an Deutschland...

Wenn die Arabische Revolution des Jahres 2011 nicht vom Assad-Regime und den von ihm gesponserten Islamisten zerschlagen worden wäre, wenn der heutige russische Präsident Putin nicht Südossetien, Abchasien und im letzten Jahr die Krim ‚befreit‘ hätte und als sein nächstes Opfer die Ukraine anpeilen würde, sodaß jeder politisch nicht ganz auf den Kopf gefallene Mitteleuropäer vor seinem geistigen Auge weitere europäische Dominosteine in Richtung ‚Westen‘ auf sich zufallen sieht, wenn eben jener Putin nicht schon vor längerer Zeit (April 2005) den Untergang der Sowjetunion zur **„größten geopolitischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts“** erklärt und sich als Wiedergänger Stalins inszeniert hätte, der selbst, wie schon der **„kleine Bonaparte“** (Marx), sich auch nur (nach dem von ihm inszenierten Kirow-Mord) gegen sein ZK zum Arbeiterzaren an die Macht putschen konnte und wenn *last but not least* als kleinste Puppe in der Matrjoschka nicht kürzlich ein Thüringischer Westentaschen-Putin die Regierungsgewalt eines mitteldeutschen Bundeslandes in seine zwei linken Hände genommen hätte und die rosa-rot-grüne Koalition, die ihn gewählt hat, nicht mehr einfach nur die Organisierung des politischen Geschäfts der Bourgeoisie durch eine weitere kleinbürgerliche linke Parteisekte, sondern die Rückkehr des autokratisch regierten Rußlands nach Mitteleuropa betreiben würde, 200 Jahre nach dem Sieg der anti-napoleonischen Koalition über die Französische Revolution und dem Einmarsch Alexanders I. in Paris und 60 Jahre nach dem Sieg der Anti-Hitler Koalition über den faschistischen deutschen Bauernkaiser, der die Rückkehr seines arbeiter-kaiserlichen Konkurrenten um die Weltmacht an die Elbe bedeutet hatte..., dann müßte niemand, wenn er wie ‚der Jude‘ Heinrich Heine an sein selbstironisch geliebtes **„Deutschland in der Nacht“** denkt, **„um den Schlaf gebracht“** sein, sondern könnte sich von einem x-beliebigen populären Historienschreiber in eines der staatlich geförderten Gedenkjahre zwischen 1815, 1945 und 2015 zurückversetzen lassen und sich irgendwann umdrehen und weiterschlafen. Aber spätestens seit der Annexion der Krim vor einem Jahr und der Gründung von Novo Rossija in der im Sommer 2014 von Putin überfallenen sog. ‚Ostukraine‘ als weiteren Baustein seines eurasischem Imperiums (die sich nicht mehr wie zuvor von vielen Zeitgenossen als vielleicht noch verständliche russische Antwort auf die Provokationen zweier machtbesessener Präsidenten, Bush junior und Saakaschwili, sozusagen als Betriebsunfall im sog. Machtpoker zwischen Ost und West, deuten läßt) sind wir Europäer wieder in unsere bereits mehr als 200 Jahre andauernde Vergangenheit zurückgekehrt – zwischen Lehman-Pleite und so was

wie einem Drittem Weltkrieg, von dem nur keiner weiß, ob und wenn ja, wann er angefangen hat. Und wer immer noch nicht in der politischen Wirklichkeit des nun angebrochenen Jahres 2015 angekommen sein will und weiter dösen möchte, der wird spätestens dann aufwachen, wenn er vor der Frage steht, was gegen die sich drohend in Europa ankündigenden rechten und linken Putinschen Puppel-Regierungen getan werden kann, damit diese so schnell wie möglich wieder zum Teufel gejagt werden, sei es mit dem Stimmzettel und der ballot box oder, wenn nötig, durch einen Massenstreik auf einem deutschen Majdan und Al-Tahrir-Platz.

Was in den letzten Monaten aber Montag für Montag in ‚Deutschland erwacht‘, das sind leider nur einige tausend frustrierte post-DDR-Wutbürger, denen auf ihren (eher als Farce denn als Tragödie) wieder aufgeführten Montagsdemonstrationen nichts besseres einfällt, als ihren Bürgerwutschrei gegen die Islamisierung des christlichen Abendlandes zusammen mit einem verdrucksten **„Putin hilf!“** auf die Straßen Dresdens hinauszutragen – offenbar ohne sich klarzumachen, wen sie sich mit ihrem Hilferuf da zum Schutzpatron und Retter des **„a“**ndlandes auserkoren und als Bock zum Gärtner gemacht haben! Einen Möchtegern-Zaren, mit dessen *aktiver Hilfe* der Menschenschlächter Assad seine ‚eigenen‘ Städte zerbombt und deren Zivilbevölkerung in die arabischen Nachbarländer und nach Europa, (einzelne mitteldeutsche Städte und Dörfer eingeschlossen) vertrieben hat! Denselben **Putin**, mit dessen militärisch-diplomatischer Rückendeckung die Vertreibung der ukrainischen Bevölkerung durch vom FSB angeheuerte und bezahlte Gangsterbanden ‚zum Schutz‘ für die angeblich ‚von Faschisten bedrohte‘ russischsprachige Bevölkerung im Donbass durchgeführt wird! – Na denn, gute Nacht, Deutschland!

Und wenn die Dresdner Montagsdemonstranten immer noch **„das Volk“** wären, das 1989 durch sein mutiges Handeln den Einsturz des moskowitzischen Sozialismus (unter dem Eigengewicht seiner kommunistischen Surrealität) und die Aufhebung der Spaltung Deutschlands wesentlich beschleunigt hat, dann würden sie heute nicht den damaligen Dresdner KGB-Residenten **Putin** untertänigst anflehen, ihnen nach ‚ostukrainischer‘ Manier dabei zu helfen, daß ihr Dresden von den Flüchtlingsströmen aus dem Nahen Osten verschont bleiben möge! Dann würden sie auch nicht unter wütendem Protest gegen die ‚westliche‘ **„Lügenpresse“** den Journalisten die berechtigten Fragen nach den Zielen ihrer ‚Bewegung‘ (was nun mal ihr Job ist!) schamhaft verschweigen, womit sie gleichzeitig kundtun, daß ihnen der Unterschied zwischen der hier herrschenden

bürgerlichen Presse und der oligarchischen Staatspresse in Rußland oder China entweder nicht geläufig zu sein scheint oder sie vielleicht sogar den heimlichen Wunsch verspüren, daß die Putinsche **Lügenpresse** auch in Deutschland ihr Meinungsmonopol ausüben möge.

Jedes Kind weiß, daß die Freiheit der ‚westlichen‘ Presse genau so weit reicht, wie die Konkurrenz zwischen den Kapitalgebern und die Höhe ihres Kredits dies zuläßt und die Grenzen der ‚Meinungsvielfalt‘ innerhalb des kapitalistischen ‚Systems‘ dies erlauben. Jeder weiß aber auch, daß diese Grenzen in Partei- und Polizei-Oligarchien nicht nur sehr viel enger gesteckt sind, sondern genauso weit reichen wie die Interessen der autokratisch herrschenden Partei- und Familien-Clans, die mit denen des Staates verschmolzen sind. Die Massenproteste von Damaskus über Kiew und Moskau bis Hongkong für die Ablösung dieser regierenden Clans durch eine wieder abwählbare bürgerliche Regierung werden von der staatlichen **Lügenpresse** dieser Regimes zum ‚terroristischen‘ und ‚faschistischen‘ Umsturz umgelogen und wenn nötig ihrem anfänglich noch keineswegs vorhandenen gewaltsamen Charakter, provoziert durch staatliche ‚Sicherheitskräfte‘ und deren bezahltes Lumpenpack (für das die Marxsche Bezeichnung ‚Lumpenproletariat‘ schon ein Ehrenname wäre), ein wenig nachgeholfen. Wie lautet doch gleich der Wahlspruch des ‚linksradikal‘ verjüngten SED-Blatts *junge Welt*? »**Sie lügen wie gedruckt, wir drucken wie sie lügen**«! Dieser Spruch müßte den sich über die ‚westliche‘ „**Lügenpresse**“ ereifernden Dresdner Wutbürgern eigentlich bekannt vorkommen...

Da die Parole „**Wir sind das Volk**“ mit der Betonung auf „**das Volk**“ durchaus einen völkischen Zungenschlag bekommt, der von Nazis freudig aufgegriffen werden kann, liefert dies der ‚antifaschistischen‘ **Lügenpresse** ausreichend Zündstoff für ihre Angriffe auf deren durch und durch faschistischen Charakter, und in Abstimmung mit entsprechenden staatlichen Stellen, für die Forderung nach der Beseitigung der Demonstrationsfreiheit überhaupt – Putin-treue staatlich geförderte ‚Antifaschisten‘ selbstverständlich ausgenommen. Diese haben dann leichtes Spiel, um die in der Betonung auf dem „**Wir**“ liegende 1989 ursprünglich gemeinte Ironisierung der Behauptung der SED, sie sei die wahre Interessenvertreterin des „**Volk** der DDR“, einfach zu unterschlagen. Was für die westdeutsche Linke schon immer das gefundene Fressen war, um die Rebellion der DDR-Bevölkerung gegen die 99%igen Wahlsiege der SED als ‚faschistischen Putsch‘ und die ganze Parole von vornherein als ‚nationalistisch‘ ergo ‚faschistisch‘ zu verketzern. Erst

recht, nachdem „**Wir sind das Volk**“ auch noch durch „**Wir sind ein Volk**“ ergänzt wurde; „**ein Volk**“, so was sind „**wir**“ schon mal ganz und gar nicht! Das ist der pure Nationalismus! Denn was hätte dann aus unserem Brudervolk, dem „**Volk der DDR**“, werden sollen? Spätestens an diesem Punkt verstand die westdeutsche Linke, die zwar die Einheit jeder Nation (zumal in der sog. ‚Dritten Welt‘), nur nicht die der eigenen als legitim anerkennt, keinen Spaß mehr! Kein Wunder, daß von der gesamtdeutsch, allerdings nun von West nach Ost zusammengewachsenen Linken (die heutzutage von den SPD-Altkanzlern Schmidt und Schröder über die Partei Die Linke, die *junge Welt* bis zur DKP reicht) alles, was in diesem Staat nach ihrem und dem tradierten Verständnis der SED nicht ‚links‘ genug ist, unter der Antifa-Moralkeule als ‚faschistisch‘ denunziert wird, einschließlich der (ausnahmsweise berechtigten) Warnung der Montagsdemonstranten vor Al Qaida und dem Salafismus, die wiederum von völkischen Antiislamisten eifertig als Aufhänger benutzt wird, um den ‚Untergang des Abendlandes‘ auf ‚Doitschlands‘ Straßen unheilschwanger zu verkünden!

Was mit dieser Wutbürgerbewegung als erstes untergeht, ist die praktische Solidarität des angeblich so hochzivilisierten „**Abendlandes**“ mit den bürgerlichen Revolutionen in den despotisch regierten Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens, deren politische Forderungen sich auf die Herstellung von in Europa längst erkämpften politischen Verhältnissen beschränken und deren Niederschlagung durch nahöstliche Potentaten sich zu einer kaum mehr faßbaren humanitären Katastrophe ausgewachsen hat. Dabei hätte die umfassende Immunisierung der deutschen Bevölkerung gegen den Nationalsozialismus wegen seiner moralisch aufgearbeiteten ebenso unfaßbaren Verbrechen, wenn sie nicht nur das Ergebnis einer staatlich verordneten moralischen Pflichtübung gewesen sein soll, in Assads Verbrechen gegen die Menschheit und denen seiner Salafistenbande eigentlich einen aktuellen Anknüpfungspunkt liefern müssen, um dagegen auf die Straße zu gehen – was die Putinisten von Rechts bis Links bisher gemeinsam zu verhindern wußten. Die europäischen Bourgeoisien, die von ihrer unmittelbaren kolonialistischen Präsenz im Nahen Osten und in Nordafrika längst Abstand genommen zu haben scheinen, glänzen dort, um sich nicht die Pfoten zu verbrennen, abgesehen von ein paar wohlfeilen demokratischen und humanitären Ansagen, durch Abwesenheit. Denn hinter Assad stehen in unverändert ‚sozialistischer‘ Treue fest Rußland und China, mit denen es sich niemand verderben will.

Zur klammheimlichen Freude Putins entsteht daher in Europa ein ähnlicher Scheinwiderspruch, wie er vom Assad-Regime gegen die Arabische Revolution inszeniert wurde, als friedlich demonstrierende Regimegegner von ihm zu ‚islamistischen Terroristen‘ erklärt wurden, während Armee und Geheimdienste die von ihnen bewaffneten islamistischen Gruppen (häufig frisch aus der Haft entlassene Kriminelle und Rauschgifthändler) gewähren ließen, um ihnen maximale Bewegungsfreiheit im Vernichtungskampf gegen den in den bewaffneten Aufstand getriebenen Widerstand der Bevölkerung zu verschaffen. Aber anders als Assad, der zunächst noch leichtes Spiel mit den politisch unerfahrenen revolutionären Jugendlichen hatte, die erst allmählich gewahr wurden, daß die von ihnen vertretene politische Unversöhnlichkeit gegenüber dem Regime mit ihrer Folterung und Ermordung geahndet wurde, ist Putin von vornherein mit dem gesamten ukrainischen Volk konfrontiert, das seine Moskauer Marionetten an der Macht schlicht zum Teufel gejagt und eine westlich orientierte Regierung gewählt hat. Dem Scheinwiderspruch zwischen dem Assad-Regime und dem ‚Terrorismus‘, durch den dieses vor dem sicheren Untergang bewahrt wurde, entspricht auf der europäischen Bühne der Scheinwiderspruch zwischen der Linken vom Schlage Mélanchons in Frankreich, Podemos in Spanien, Syriza in Griechenland auf der einen und dem Front National in Frankreich, der AfD und den Montagsdemonstranten auf der anderen Seite. Ein von Putin und seinen ‚westlichen‘ Quislingen politisch und propagandistisch geförderter Scheinwiderspruch, durch den jeder revolutionäre Steppenbrand und jeder Widerstand gegen die Verweigerung von Garantien des bürgerlichen Rechts durch das konterrevolutionäre Gegenfeuer bereits im Keim erstickt werden und sich totlaufen soll.

Mit demselben Recht, mit dem einen Tag vor der Wahl Bodo Ramelow's am 05. Dezember 2014 zum thüringischen Ministerpräsidenten Putin in seiner jährlichen Rede an die Nation behaupten konnte, daß ihm die Krim genauso heilig sei wie Juden und Arabern der Tempelberg in Jerusalem, könnte die *partei Marx*, wenn sie nicht ein nur theoretisches Projekt wäre, als Antwort auf Putins Liebe zu der in fremden Ländern liegenden ‚russischen Erde‘ das alte Königsberg, das im frühen Mittelalter ebenfalls von einem überaus christlichen deutschen Ritterorden den wilden slawischen Stämmen entrissen wurde (und dem deutschen Philosophen Kant so heilig war, daß er es nie verlassen wollte), ebenfalls zu ihrem Heiligen Berg erklären! Ein um nichts weniger großer Witz wie der christliche Segen Putins für die Annexion Krim, und ein schlechter dazu, wenn das von der Putinschen **Lügenpresse** verkündete angebliche friedliche Zusammenleben der europäischen

Völker darin nicht so fürchterlich einseitig aufgefaßt würde und diese einseitige Auffassung bei den Putin-Freunden, ob in Dresden oder Paris, nicht auf so fruchtbaren Boden fiele!

## 2 Heilige Allianz contra Gottesstaat

In der FAZ vom 26. Januar kritisiert unter der Überschrift **»Ein Integrationshindernis ersten Ranges«** ein deutscher Ö-Recht-Professor die inkonsequente Handhabung des Blasphemie-Paragrafen 166 im deutschen Strafgesetzbuch und beklagt, daß die **»Diffamierung von Religion im Namen von Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit in Deutschland praktisch keine Grenzen«** kenne. Er kommt zu dem Schluß, daß die hier eingerissene Duldung von Religionsdiffamierung sich als **»Integrationshindernis ersten Rangs«** erwiesen habe und leitet daraus ab: **»Wenn es dafür eines neuerlichen Beweises bedurft hätte – die Nachwirkungen der Ereignisse von Paris, insbesondere die Reaktionen muslimischer Jugendlicher an französischen Schulen, haben ihn erbracht. Gewiss, die dort bisweilen zutage getretene Terrorismusverherrlichung ist selbst zutiefst abstoßend, ja strafwürdig. Aber ebenso offensichtlich ist, dass die mit der Losung „Je suis Charlie“ geforderte Identifikation mit einer Satirezeitschrift, die ihre Religion nicht selten grob beleidigt, die an sich selbstverständliche Distanzierung vieler Muslime von den durch nichts zu rechtfertigenden Morden erheblich erschwert.«**

Ins Nicht-Juristendeutsch übersetzt soll das heißen: Selbst schuld, wer Muslime durch blasphemische Mohammed-Kritzeleien in einer Satire-Zeitschrift grob beleidigt! Der möge sich nicht wundern, wenn einige von ihnen sich mit **»durch nichts zu rechtfertigenden Morden«** an den ‚Ungläubigen‘ zur Wehr setzen und konsequent zurückschlagen! Aber seit wann gelten, von Ländern wie Saudi-Arabien, Pakistan und einigen anderen **Gottesstaaten** abgesehen, in unserem angeblich so hochzivilisierten Europa blasphemische Beleidigungen ‚des Propheten‘ als Verbrechen, die mit dem Tode bestraft oder zumindest im Verständnis **»vieler Muslime«** als todeswürdiges Verbrechen angesehen werden, wo es unter hiesigen Verhältnissen eine Zivilklage oder Anzeige wegen Beleidigung für gewöhnlich auch tut? Oder steht auch hier die Religion (wieder) *über* dem bürgerlichen Recht?

Es scheint unserem FAZ-Autor mit seiner christlichen Auslegung des Strafgesetzbuches entgangen

zu sein, daß er sich nicht (mehr) in einem **Gottesstaat** befindet, weil spätestens seit der Revolution von 1789 eine resolute Trennung von Staat und Kirche angesagt ist, wenn sie auch häufig wieder revidiert oder nie vollständig verwirklicht wurde! Schon gar nicht in Deutschland, wo nach Altväter Sitte (*cuius regio, eius religio*) jede Religion lediglich als *Staatsreligion* (d.h. als Religion des deutschen Staates) Religionsfreiheit genießt. Daher verwundert es schon, wenn nach Ansicht der Bundesregierung „**der Islam**“, der als *Staatsreligion* in Staaten herrscht, in denen die Trennung von Staat und Religion noch nicht einmal *begonnen* hat, „**zu Deutschland**“ gehören soll. Das würde heißen, daß wie in Zeiten der mittelalterlicher Religionskriege zwei religiös begründete Staatsauffassungen aufeinanderprallen, weil in Deutschland nicht anders als in der Türkei, aber anders als etwa in den Vereinigten Staaten, wo sich der Staat laut Verfassung nicht in die Religion einzumischen hat und ein religiöser Mummenschanz mit dem anderen um gesellschaftlichen Einfluß konkurrieren muß, staatliche Institutionen offiziell in religiösen Angelegenheiten tätig sind. So betätigt sich die *staatliche* türkische Religionsbehörde in Deutschland ungefragt zur Wahrung der Interessen des einzelnen muslimischen Gläubigen türkischer Herkunft.

Ein reaktionärer Anachronismus, von dem wiederum das christliche Volk auf die Straße getrieben wird, wo es lauthals bekundet, daß „**der Islam**“ *nicht* „**zu Deutschland gehört**“! Und eine absurde Auffassung von Religion, ob man einer solchen anhängt oder nicht! „**Der Islam**“ sollte ebensowenig wie jede andere Religion „**zu Deutschland**“ gehören, wenn mit „**Deutschland**“ auch der deutsche Staat gemeint ist. Wie jede andere Religion, die in die Kirche oder andere Sektentempel gehört, wo die Gläubigen ihre spirituelle Notdurft verrichten können, „**gehört**“ *auch* „**der Islam**“ allein in die Moschee! Das Problem, das die christlichen Montagsdemonstranten aber gerade mit dem Islam haben, ist wohl auch eher, daß die Kirchen in Deutschland (erfreulicherweise!) immer leerer, die aktiven Muslime, unter denen von ausländischen Religionsbehörden »**das Opium des Volks**« (Marx) im Überfluß verteilt wird, aber immer mehr werden. Wenn also „**der Islam ... zu Deutschland**“ gehören soll, müßte der deutsche Staat mit allen islamischen Sekten je einen Staatsvertrag abschließen, der beinhaltet, was von diesem „**zu Deutschland**“ gehören soll und was nicht. (Ohne einen solchen würden kaum anders als in einer orientalischen Despotie Staat und Religion miteinander identisch.) Das läßt sich aber kaum realisieren, weil es *den* „**Islam**“ genausowenig gibt, wie *das* Christentum und damit auch keinen bestimmten Adressaten für einen Staatsvertrag wie er z.B. zwischen dem deutschen Staat und dem



Papst existiert.

Dadurch wird die Formel vom „**Islam**“, der „**zu Deutschland (gehört)**“ (abgesehen von dem ebenso unbestimmten und nicht substantiierten „**Deutschland**“-Begriff) leeres Geschwätz! Es sei denn, der frühere Ministerpräsident von Niedersachsen und spätere Bundespräsident, Wulff, hätte mit *dem* „**Islam**“ den Großaktionär des VW-Konzerns aus dem Golfstaat Qatar gemeint, dem, da VW zu 20% dem Land Niedersachsen gehört, mit seinem Anteil von 17% dann auch ein Teil von „**Deutschland**“ gehören müßte. Ob der frühere Bundespräsident das damit gemeint hat, wissen wir nicht. Die Bundeskanzlerin, die sich diesen Satz ebenfalls zu eigen gemacht hat, hat dazu in einem Interview mit der FAZ vom 16.01. erklärt: »**Natürlich stehen wir auf dem Fundament der christlich-jüdischen Traditionen aus den vergangenen Jahrhunderten. Wir sind durch eine gemeinsame Geschichte, gegangen. Wir hatten die Aufklärung. Wenn wir heute darüber sprechen, daß auch der Islam zu Deutschland gehört, dann sprechen wir über die Realität unserer Gesellschaft. Und da gilt für mich, daß alle Menschen, die unsere Werteordnung teilen, mit ihrer Religion auch zu unserem Land gehören.**« Welche Werteordnung sollte das sein? Die »**christlich-jüdische**«, die von jedem militanten Moslem, wie der parallel zu *Charlie Hebdo* stattgefundenen tödlichen Angriff auf einen jüdischen Supermarkt in Paris eindringlich beweist, bis aufs Messer bekämpft wird? Und welche historischen Schlußfolgerungen wären im Zeichen des Neo-Osmanismus aus der gemeinsamen Geschichte mit dem osmanischen Weltreich und dem gescheiterten Versuch der Pforte zu ziehen, Europa gewaltsam zu islamisieren? Wie paßt der »**zu Deutschland**« gehörende Islam mit den »**christlich-jüdischen Traditionen**« zusammen?

Zu Frankreich „**(gehört) der Islam**“ jedenfalls nicht! Denn wer sich dort nach dem 7. Januar mit „**Charlie**“ solidarisiert hat, wird nicht unbedingt deshalb auf die Straße gegangen sein, weil er mit der von islamistischen **Gotteskriegern** angegriffenen Zeitschrift in Form und Inhalt unbedingt übereingestimmt hätte, sondern, weil er diesen Mordanschlag als Angriff *des Gottesstaates* auf die seit 1789 bestehende (zwar von der französischen Reaktion immer mal wieder revidierte) Trennung von Kirche und Staat verstanden hat, während die Solidaritätsbekundungen aus Deutschland (von den Krokodilstränen der Montagsdemonstranten abgesehen) sich bezeichnenderweise auf eine Regierungsdemonstration vor der französischen Botschaft zusammen mit Vertretern des osmanischen Kalifats („**gehört**“ auch das osmanische Kalifat „**zu Deutschland**“?) beschränkten.

Dazu paßt auf der anderen Seite, daß die deutsche Presse keinerlei Probleme damit hatte (um im BILDe zu bleiben), die blasphemische Mohammed-Karikatur von der Titelseite der nach dem salafistischen Attentat millionenfach gedruckten Ausgabe von *Charlie Hebdo* in ihren Blättern nachzudrucken, während die größeren amerikanischen Zeitungen sich darin zurückhielten, ohne daß dagegen ein offizielles Verbot existiert hätte! (Sie hätten höchstens mit der Unterlassungsklage eines beleidigten Moslems oder einer erbosten Gemeinde rechnen müssen.) Unter den Voraussetzungen *deutsch-christlicher* Religionsfreiheit verwandelt sich Voltaires Aufruf „*écrasez l'infâme*“ (zerschmettert die Niedertracht!) in plumpeste Religionskritik an einer feindlichen religiösen Sekte. Während der amerikanische Bourgeois in seiner berechnenden Klugheit in jedem Mitglied, egal welcher Sekte dieser angehört, den potentiellen Kunden und Geschäftspartner akzeptiert, kauft man bei uns wie gehabt nicht vom Juden, Moslem oder sonst einem Nicht-Christen, läßt sich aber durchaus, wenn auch widerwillig, ein gutes Geschäft mit diesem nicht entgehen. In seiner Übersetzung ins Deutsche verwandelt sich Voltaires Ausspruch daher in pure deutsch-islamische Heuchelei!

Die Befürchtung aber, die unseren FAZ-Autor umtreibt, unsere Solidarität mit „**Charlie**“ müsse »**die an sich selbstverständliche** (wieso »selbstverständliche«?) **Distanzierung vieler Muslime von den durch nichts zu rechtfertigenden Morden erheblich**« *erschweren*, wird einem hiesigen militanten Verfechter des islamischen **Gottesstaates** bestenfalls ein zartes Grinsen entlocken; denn ob die erhoffte »**Distanzierung**« tatsächlich stattgefunden hat, werden wir spätestens dann erfahren, wenn eine Scharia-Partei in eine rot-grüne (rot = SPD + SED) Regierung eingetreten und der Tschador von der Modewelt als folkloristisches Accessoire angenommen sein wird. Christlich blauäugige Appelle an die Toleranz und die politische Einsicht »**vieler Muslime**« werden von den **Gotteskriegern** jedenfalls als Ermunterung aufgefaßt werden, den neuzeitlichen bürgerlichen Staat durch einen frühmittelalterlichen islamistischen **Gottesstaat** nach dem Muster des Iran, Saudi-Arabiens, Pakistans – oder ISISans zu ersetzen, wobei letzterer sich von den bereits existierenden **Gottesstaaten** darin unterscheidet, daß die **Gotteskrieger** von Daesh (ISIS) und Al Qaida ihren **Gottesstaat** auf den Trümmern der Arabischen Revolution in einem die islamische Welt vereinigenden Welt-Djihad errichten wollen, in dessen Verlauf die ‚westliche‘ Zivilisation vernichtet werden und an deren Stelle das islamische Weltreich treten soll. Dabei strebt(e) Al Qaida

mit ihren Angriffen auf den ‚amerikanischen Imperialismus‘ und dessen Agenten in Saudi-Arabien und dem Jemen ein islamistisches ‚back to the roots‘ zunächst innerhalb der verwestlichten arabischen **Gottesstaaten** an, während Daesh diese Staaten zerschlagen und sie nicht nur durch die Neugründung des *einzigsten* wahren **Gottesstaates** ersetzen, sondern die ganze noch nicht islamisierte Welt unmittelbar in einen solchen verwandeln will.

Auf diesem Wege werden ihnen Rußland und China, solange sie von den **Gotteskriegern** unbehelligt bleiben, im Kampf gegen den ‚Westen‘ und die eigene ‚westlich‘ orientierte Opposition auf halbem Wege entgegenkommen (nach dem Muster der Beziehungen zwischen Putin und dem den Islam russifizierenden tschetschenischen Regierungschef Kadyrow). Der islamische **Gottesstaat** steht aber nicht nur für eine ins Religiöse übersetzte rückwärts gewandte *politische*, sondern auch eine faschistisch gewendete *soziale* Revolution, wobei gerade letztere von der westlich orientierten der arabischen Bourgeoisie durch ihre politischen Revolution übertönt wurde und die als moralische Ökonomie, weil der revolutionären arabischen Jugend die Kraft und die politische Einsicht fehlte, um sie revolutionär voranzutreiben, von den Islamisten für die arabische Konterrevolution fruchtbar gemacht werden konnte.

Nach geltendem Recht ist in Deutschland die öffentliche Rechtfertigung von oder die Aufforderung zu religiös motivierten Ritualmorden verboten. Davon abgesehen ist der bürgerliche Staat aber nicht berechtigt, zur Förderung einer »**Distanzierung**« der hier lebenden Muslime von den Pariser Ritualmorden, wie die Montagsdemonstranten dies fordern, die obrigkeitsstaatlich geschützte Religionsfreiheit nur für die eigene christliche Sekte gelten zu lassen. Für diejenigen Muslime, für die die Übertretung des Bilderverbots durch die bildliche Darstellung ‚ihres‘ von Gott gesandten Propheten ein todeswürdiges Verbrechen darstellt, wird eine solche »**Distanzierung**« ohnehin *keine* Selbstverständlichkeit sein, weil sie einen islamischen **Gottesstaat** befürworten, der die mit dem Bilderverbot verbundene rigide soziale Kontrolle durchsetzt und notfalls mit dem Tode bestraft. Dieses Staats- und Religionsverständnis ist in die westliche Welt nicht *integrierbar*, es sei denn, wir werden alle Muslime. Die aktuellen oder potentiellen islamischen **Gottesstaaten**, die diese Staatsform auch in Europa durchsetzen wollen, werden wie einst die Nazis zu Feinden der Menschheit und müssen als solche bekämpft werden.

Die Solidarität mit „Charlie“ muß daher die Forderung nach der vollständigen Trennung des Staates von der Religion und die Aufforderung zum Kampf gegen jegliche Form von Staatsreligion, deren maximale Steigerung der **Gottesstaat** ist, zur Folge haben. Es ist der islamische **Gottesstaat**, nicht der einzelne Muslim, der sich hier als »ein Integrationshindernis ersten Ranges« erweist! Beschimpfungen von Gläubigen oder die Herabsetzung ihrer Religion sind als *persönliche* Beleidigungen zu sanktionieren, weil der Glauben eine *persönliche* Angelegenheit ist und zu sein hat. Nicht mehr und nicht weniger.

»Der Mensch emanzipiert sich *politisch* von der Religion«, schreibt Marx 1848 in den *Deutsch-Französischen Jahrbüchern* (MEW 1,357) »indem er sie aus dem öffentlichen Recht in das Privatrecht verbannt. Sie ist nicht mehr der Geist des *Staats*, wo der Mensch – wenn auch in beschränkter Weise, unter besonderer Form und in einer besondern Sphäre – sich als Gattungswesen verhält, in Gemeinschaft mit andern Menschen, sie ist zum Geist der *bürgerlichen Gesellschaft* geworden, der Sphäre des Egoismus, des *bellum omnium contra omnes*«. Diese Emanzipation steht in Deutschland, wo nach der von den Feudalmächten zerschlagenen Revolution von 1848 die Konterrevolution fortschrittlich und das Kapital reaktionär wurde und der Staat sich bis heute nicht von der Religion getrennt hat, immer noch aus. (Auch der nationalsozialistische Staat mußte entgegen seiner sozialdarwinistischen ‚Weltanschauung‘ einen Staatsvertrag mit dem Vatikan abschließen und eine protestantische Staatssekte gründen.) Dem FAZ-Autor wäre daher nur dann zuzustimmen, wenn in Deutschland eine vollständige Emanzipation von der Religion stattgefunden hätte, sodaß die Religionsfreiheit nicht wie von einem feudalen Souverän lediglich vom Staat *gewährt*, sondern ohne staatliche Einmischung und Einschränkung von der Verfassung *garantiert* würde, entweder als Freiheit *von* der Religion (Frankreich 1789) oder als Freiheit *der* Religion *aller* religiösen Sekten (USA). Aber dazu müßten die Deutschen überhaupt erst mal eine *Verfassung* haben und nicht (ebenso wie der Staat Israel) nur das Provisorium eines *Grundgesetzes*!

Dieser unbefriedigende Zustand erleichtert es den radikalen Verfechtern des militanten **Gottesstaates**, den Widerspruch zwischen der Sphäre der bisher durch die Religion gestifteten »Gemeinschaft mit andern Menschen« und der ständig in sie eindringenden »Sphäre des Egoismus« in den Dualismus zwischen „wir“ und „die“, „uns“ und „denen“ umzusetzen und die

mit allen Mitteln von ihnen bekämpfte *politische* Emanzipation ihrer Gläubigen »**von der Religion**« dadurch zu verhindern und den Verlust ihrer »**besondern Sphäre**«, in der sie sich bisher als »**Gattungswesen**« zueinander verhalten konnten, in den **Djihad** des **Gottesstaates** gegen alles ‚Westliche‘, Kapitalistische, Bürgerliche, usw. zu pervertieren, gegen alles, was nach der Lesart westafrikanischer Salafisten *boku* und *haram* ist.

Allerdings wird die von der französischen Bourgeoisie nach dem 7. Januar mobilisierte Erinnerung an Voltaire und die Revolution von 1789 die von Marx diagnostizierte »**Trennung des Menschen von seinem Gemeinwesen von sich und den andern Menschen**« (s.o. a.a.O.), die in der bürgerlichen Gesellschaft unvermeidlich vorhanden ist, durch das noch so ergriffene Absingen der *Marseillaise* in der Nationalversammlung und ein noch massenhafteres „**Je suis Charlie**“ nicht rückgängig machen können. Aus der Hymne an die Freude über die Einheit der in Solidarität mit „**Charlie**“ umschlungenen Millionen wurde, was niemanden als Beobachter dieser Szene trotz all seiner spontanen Ergriffenheit verwundern sollte, für „**Charlie**“ ein Millionen-Geschäft.

Daher wäre es verfehlt, wollte man den Marx der *Deutsch-Französischen Jahrbücher* auf einen sozial engagierten Jakobiner reduzieren, der sich mit der radikalen Religionskritik der französischen Bourgeoisie von 1789 zufrieden gibt: »**Allerdings: In Zeiten, wo der politische Staat als politischer Staat gewaltsam aus der bürgerlichen Gesellschaft heraus geboren wird, wo die menschliche Selbstbefreiung unter der Form der politischen Selbstbefreiung sich zu vollziehen strebt, kann und muß der Staat bis zur Aufhebung der Religion, bis zur Vernichtung der Religion fortgehen, aber nur so, wie er zur Aufhebung des Privateigentums, zum Maximum, zur Konfiskation, zur progressiven Steuer, wie zur Aufhebung des Lebens, zur Guillotine fortgeht.**« Ebenso wie, so wäre zu ergänzen, die Vernichtung der Religion (um ausschließlich dabei zu bleiben) in der Stalinschen Sowjetunion und der DDR als Kampf der Neuen Bourgeoisie gegen *die* Religion und gegen diejenigen, die sie als ihre Privatangelegenheit ausüben wollten, ihre brutale Fortsetzung gefunden hat. »**In den Momenten seines besondern Selbstgefühls sucht das politische Leben seine Voraussetzung, die bürgerliche Gesellschaft und ihre Elemente, zu erdrücken, und sich als das wirkliche, widerspruchslose Gattungswesen des Menschen zu konstituieren. Er vermag dies indes nur durch gewaltsamen Widerspruch gegen seine eigenen Lebensbedingungen, nur indem er die Revolution für permanent erklärt, und das politische**

**Drama endet daher ebenso notwendig mit der Wiederherstellung der Reaktion, des Privateigentums, aller Elemente der bürgerlichen Gesellschaft, wie der Krieg mit dem Frieden endet**«. Der letzte Akt dieses politischen Dramas wird gegenwärtig in China und seine blutrünstige und unfreiwillig kabarettistische Farce von ISIS und Al Qaida in den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas aufgeführt. Nicht zuletzt aus diesem Grund haben „**Charlies**“ blasphemische Karikaturen die **Gotteskrieger** bis ins Mark getroffen.

Ohne die radikale Trennung des *politischen* Staates von der Religion ist im **Heiligen Krieg** des **Gottesstaates** gegen den ‚Westen‘ die Niederlage des ‚Westens‘ vorprogrammiert, vor allem deshalb, weil der **Gottesstaat** nicht nur die zahlenmäßig größere Anhängerschaft, sondern auch die größere Widerstandskraft gegenüber dem ‚Westen‘ besitzt, dessen christliche Blauäugigkeit die **Gotteskrieger** in ihrer schlichten Auffassung von der Weltgeschichte als römische Dekadenz fehlinterpretieren. Ohne die radikale Trennung des Staates von der Religion bleibt gegen den Angriff des **Gottesstaates** auf die ‚westliche‘ Welt nur der Rassenkrieg der Christen gegen gegen die Moslems und der Moslems gegen die Christen als Alternative übrig. Darin würde der einen wie der anderen Seiten die Neuauflage einer Endlösung für ihre jeweilige ‚Rasse‘ drohen, worauf die **ISIS-Gotteskrieger** den Europäern mit ihrem triumphierenden Fingerzeig auf das himmlische Paradies den schon mal entscheidenden Hinweis geliefert haben. Übrigens auch als die passende Antwort auf die anti-islamischen Montagsdemonstrationen in Deutschland...

Die politische und militärische Konstellation des ‚Westens‘ in Europa ähnelt immer mehr der prekären Situation, in der sich der Staat Israel den islamischen **Gottesstaaten** gegenüber befindet und die sich ebenfalls nur dadurch überwinden lassen wird, daß sich der Judenstaat radikal säkularisiert und seinen Status als Siedlerkolonie zugunsten einer säkularisierten Gesellschaft aufgibt. Nur dadurch könnte auch eine Annäherung an die Arabische Revolution erfolgen, von der wiederum die Verteidigung der modernen westlichen Zivilisation gegen ihre Vernichtung durch die barbarischen Hinterwäldler des islamischen **Gottesstaats** bestimmt werden wird.

3

## Europa in der Mausefalle (eine vorläufige Skizze)

Die deutsche Linke hat die deutsche Bevölkerung jahrzehntelang mit ihrem penetranten Pazifismus zugekleistert und vielleicht läßt sich sogar sagen, daß der Pazifismus eigentlich alles ist, was von der revolutionären Studentenbewegung der 60er Jahre politisch überlebt hat und von der SED-Nachfolgerin in Ermangelung jeglicher unter ihren Vorgängern bereits vollkommen zerbröselter eigener revolutionärer Substanz, aufgenommen und für die eigenen Zwecke umgearbeitet wurde. Niemals zuvor war der Pazifismus, der politisch mit dem Christentum eucharistische Blutsbrüderschaft getrunken hat, so tief in der Gesellschaft verankert, wie er es heute ist; einzig übertroffen von der aus der deutschen Vergangenheit überkommenen Gegenideologie, dem Militarismus der Bismarck-Ära und des ‚Dritten Reiches‘.

Die deutschen Pazifisten und die friedensbewegten Teile der deutschen Bourgeoisie sind eher bereit, Putin auch noch die andere Wange hinzuhalten als sich zu überlegen, wie seiner wachsenden Aggressionsbereitschaft eine konkrete Grenze zu setzen wäre. Eher läßt man zu, daß die parlamentarisch gewählte Mehrheit in der Ukraine von Putin zu Terroristen erklärt wird, als daß die wahren Terroristen, die in seinem Auftrag im Donbass am Werke sind, in den hiesigen Medien auch als solche wahrgenommen und bezeichnet werden. Man begnügt sich um des lieben Friedens willen damit, sie als ‚pro-russische Separatisten‘ zu bezeichnen. Das hatte bereits mit der sunnitischen Mehrheitsbevölkerung in Syrien ganz hervorragend geklappt, die nach der rassistischen Sprachregelung des Assad-Regimes zu Terroristen erklärt und um so leichter aus ihren Städten und Wohnungen vertrieben werden konnte. Auch dort war ein von den Geheimdiensten herangezogener Haufen Krimineller eingesetzt worden, um ihr verbrecherisches Handwerk gegen den Widerstand der Arabischen Revolution in Anwendung und diesen, wenn er sich gegen diese zur Wehr setzte, als Terroristen in Verruf zu bringen. Diese Rolle soll in der Ukraine der sog. *pravyj sektor* übernehmen, der in keiner Nachrichtensendung des Russischen Staatsfernsehens nicht mindestens einmal namhaft gemacht und sein ‚faschistisches Treiben‘ dem militärischen Widerstand der Ukraine gegen die großrussische Aggression propagandistisch untergeschoben wird.

Von ganz anderem Kaliber ist dagegen die moralische Unterstützung, die Putin für die

Eingliederung der Ukraine in sein eurasisches Weltreich von den ‚rechten Sektoren‘ Westeuropas, wie dem Front National oder der AfD, erhält, die bei jeder Wahl im Unterschied zu den anti-russischen Splittergruppen in der Ukraine locker über die 5%-Hürde kommen. Dazu gehören auch jene Teile der europäischen und gerade der deutschen Bourgeoisie, die die (zu hohen Zusatzgewinnen verlockende) Illusion verbreiten, daß das von Putin angestrebte Weltreich sich früher oder später von selbst europäisieren werde. Unter dieser Illusion scheint auch die Bundeskanzlerin zu leiden, die auf dem Höhepunkt der ‚Ukraine-Krise‘ im Januar auf dem *World Economic Forum* in Davos meinte Putin mit dem Angebot einer Brücke zwischen Eurasien und Deuropa »**from Vladivostok to Lisbon, as President Putin himself once said**«, auf den Weg einer Europäisierung seines Regimes locken zu können. Dabei müßte trotz des einseitig russophil angelegten Geschichtsunterrichts, dem sie in der DDR ausgesetzt war, auch Frau Merkel bekannt sein, daß die russischen Gewaltherrscher sich einer Europäisierung ihrer Regimes immer nur in dem Maße unterzogen haben, wie dadurch die Russifizierung Europas erleichtert wurde. Warum sollte es dieses Mal anders sein?

Zumal der Dritte Weltkrieg längst im Gange ist. Sein Sarajewo oder Gleiwitz – welches von beiden eher zutrifft, darüber streiten noch die Think Tanks – fand am 11.09.2001 in New York statt. Wahrscheinlich möchte das nur niemand wahrhaben. Zumal angesichts von Obamas Eskapaden mit dem Iran noch nicht ganz geklärt ist, wer heute wessen Feind ist? Dieser Weltkrieg findet momentan in Gestalt eines Weltbürgerkriegs statt, der seit dem Frühjahr 2011 von einem konterrevolutionären und einem revolutionären Unterstrom in der arabischen Welt begleitet ist, wobei im Verlauf der zivil-militärischen Auseinandersetzung der Weltmächte der Terrorismus in das Weltkriegsgeschehen integriert, der revolutionäre Unterstrom aber von seiner vollständigen Vernichtung bedroht ist. (Jüngstes Beispiel: die von den Salafisten angegriffenen Kurden im Irak und in Syrien) Wo bitte geht es hier zur Front?

Dieser Weltkrieg ist in der vor 8 Jahren ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise (man erinnert sich mühsam ihrer Vorläuferin vor 80 Jahren) Ausfluß des Weltmarktgeschehens und des Ringens der Weltmarktkonkurrenten um seine alleinige Beherrschung. Den Weltmarkt beherrscht aber nur, wer die Welt beherrscht und darin langfristig seine Hegemonie ausübt. Diese Position hatten nach dem Staatsbankrott ihres Hauptkonkurrenten, der sich unter dem Label ‚Sozialismus in einem Land‘



nach 1945 einen eigenen ‚sozialistischen‘ Weltmarkt im Kampf gegen den faschistischen Weltmarkt der Achsenmächte geschaffen hatte, bis vor kurzem die USA inne. Das sollte sich mit dem Angriff von Al Qaida auf des World Trade Center in New York ändern, der offensichtlich darauf abzielte, die USA in einen Krieg gegen die ‚antiimperialistischen‘ Hinterlassenschaften der untergegangenen Sowjetunion im Nahen Osten (Irak) zu locken, denen es gemeinsam mit ihren europäischen Verbündeten gelungen war, die Rückkehr zu einem panslawistischen prorussischen Nachfolgestaat im untergehenden Jugoslawien zu verhindern. (Von da aus betrachtet ist Putins Russifizierungsstrategie in den angrenzenden ehemaligen Sowjetrepubliken Georgien, Ukraine, Moldawien etc. eine Retourkutsche auf Rußlands schämliche Niederlage in Serbien Anfang der 90er Jahre).

Aber der Nahe Osten ist kein arabischer Balkan, aus dem sich die ehemaligen europäischen Kolonialmächte wie einst die Pforte aus Südosteuropa einigermaßen geordnet zurückziehen können. Der Krieg gegen Saddam Hussein wurde für ‚den Westen‘ zur politischen Katastrophe, weil er sich darin des im Krieg gegen den Völkermörder Milosević mühsam erworbenen humanitären Prestiges selbst beraubte, das er zur Unterstützung der 2011 ausgebrochenen Arabischen Revolution benötigt hätte. Stattdessen haben die USA den nach Kapitel VII der UN-Charta möglichen Krieg gegen den Völkermörder Saddam Hussein, der sich nach der Vergasung mehrerer kurdischer Ortschaften mit dem Völkermörder Milosevic die Hand reichen konnte, wie einen Kolonialkrieg geführt, genauso, wie sie es in Vietnam gelernt haben. Heute wird kaum noch jemand die Behauptung wagen, daß es nicht der größte Fehler der Bush-Regierung gewesen ist, die mittlere und untere Ebene des sunnitisch dominierten Militär- und Verwaltungsapparats Saddam Husseins, so wie die USA es nach 1945 in Deutschland erfolgreich betrieben haben, in den Wiederaufbau eines westlich orientierten Irak zu integrieren. Daß dies nicht geschah, ist ein Beweis für die Ausrichtung der US-amerikanischen Strategie im Nahen Osten als moderne Kolonialpolitik. Der Südstaatler und Ölmillionär Bush junior konnte nur Kolonialkrieg – zur klammheimlichen Freude der anti-amerikanischen, anti-westlichen und anti-kapitalistischen Linken Intelligenzija in den USA und Europa. Das rächt sich nun.

Nach Abu Ghraib befindet sich die Weltpolitik der US-amerikanischen Welthegeemonialmacht unter Obama endgültig auf dem absteigenden Ast, dessen Friedensangebote an den Islam zu Beginn

seiner Regierungszeit die arabische Jugend zu ihrem Aufstand gegen die Herrschaft ihrer orientalischen Despoten inspiriert hatte, der sich aber am Sturz ihrer ‚anti-imperialistischen‘ Fraktion (Gaddafi) nur noch halbherzig beteiligt hat und vor dem revolutionären Sturz des Assad-Regimes wegen seiner mächtigen Hintermänner (in Rußland und China) im entscheidenden Moment zurückgeschreckt ist, was ihm bei diesen nur noch Hohn, Spott und Verachtung eingetragen hat. Die von Obama in seiner restlichen Amtszeit betriebene Weltpolitik scheint sich nur noch darauf zu beschränken, als every body’s darling an der Wall Street und als Uncle Tom der liberalen amerikanischen Bourgeoisie einen guten Eindruck in den Geschichtsbüchern zu hinterlassen.

Man wird den Verlauf der seit dem Frühjahr 2011 stattfindenden Arabischen Revolution aber letztlich nicht verstehen, ohne darin nicht zugleich den Versuch der neuen Weltmächte China und Rußland zu erblicken, ihre aktive oder passive Beteiligung an der Niederschlagung des Aufstandes der arabischen Jugend gegen Paternalismus und islamischen Fundamentalismus für ihre eigenen Weltherrschaftsambitionen nutzbar zu machen. Dabei befindet sich Rußland – obwohl von Europa aus betrachtet der entgegengesetzte Eindruck bestehen mag – in der Rolle des Juniorpartners Chinas. Seit 9/11 und dem Krieg der Vereinigten Staaten gegen Al Qaida in Afghanistan und gegen die Salafisten im Irak tickt die Uhr für China als künftigem Weltmarkt- und Weltmacht Konkurrenten der USA. Schon im Krieg der westlichen Allianz gegen die afghanischen Taliban konnte China in seinem südasiatischen Hinterhof punkten, obwohl es in seinen Westprovinzen ebenfalls mit (uigurischen) Islamisten konfrontiert ist, gegen die mit brutaler Entschlossenheit ein ‚Volkskrieg‘ geführt wird. Deshalb wird das Assad-Regime mit politischen, diplomatischen, militärischen Mitteln von China, Rußland – und nun auch den USA am Leben erhalten. Von letzteren, um einen Zweifrontenkrieg mit Rußland und China zu vermeiden: im Pazifik und Atlantik, im Nahen und im Fernen Osten, wo China begonnen hat, die kolonialistische Rolle Japans aus dem Zweiten Weltkrieg zu übernehmen. Welcher Seite es gelingt, die feindliche Koalition zu umzingeln, wird die andere einkreisen und vernichten können. (Das führt Putin im Kleinformat schon mal an Rußlands Westgrenze zur Ukraine im Donbass vor.) In dieser Weltlage wäre Europa rettungslos verloren... – wenn China kein herausragendes Interesse daran haben müßte, daß Rußland durch die mögliche Einverleibung des höher industrialisierten Westens in sein eurasisches Weltreich nicht zu einem globalen Konkurrenten heranwachsen wird,

- wenn es den zwischen Rußland und China zwischenzeitlich eingeschlafenen sino-sowjetischen Konflikt nicht gäbe, der ein strategisches Bündnis zwischen beiden Weltmächten erschwert oder gar verhindert,
- wenn Rußland nur dann wie Hitler einen Zwei-Fronten-Krieg gegen China *und* die USA wird führen können, wenn es den gesamten eurasischen Kontinent vom Atlantik bis zum Ochotskischen Meer, von Lissabon bis Wladiwostok beherrscht.

Hitler war der Ansicht, daß er den Krieg gegen die aufkommende kapitalistische Weltmacht USA nicht ohne die Beherrschung der fruchtbaren Weiten Rußlands in seinem Rücken werde gewinnen können. Putin ist, nur in genau entgegengesetzter Richtung, derselben Ansicht. Hitler brauchte Land für seine vor ihrer Proletarisierung zu schützenden vielköpfigen Bauernfamilien, das er in der Ukraine erobern und nach der Versklavung, Vertreibung und Vernichtung der dort lebenden Bevölkerung mit diesen besiedeln wollte. Putin braucht für Rußland als wiederhergestellte Welthegeemonialmacht das industrielle know-how und den gesellschaftlichen Reichtum Europas; er würde den Rhein zur deutschen Wolga machen wie Hitler die Wolga zum Mississippi Eurasiens machen wollte. Putin überkommt angesichts der Dekadenz der Westeuropäer ein wohliges Grinsen; er weiß aber auch, daß seiner Herrschaft nichts gefährlicher werden kann, als die Ansteckung der russischen Intelligenzija durch die angebliche Dekadenz des ‚Westens‘.

Wenn er am Sonntag, dem 15. Februar um Null Uhr die Waffen nicht schweigen läßt, ist Europa einem Krieg ein ganzes Stück näher gerückt. Als im sowjetischen Geheimdienst erfahrener Hütchenspieler wird er es nicht so weit kommen lassen und seine Terrortrupps auf die vereinbarte Waffenstillstandslinie zurückziehen und das gewonnene Terrain nach dem Muster der Annexion der Krim erst einmal konsolidieren, indem er Abweichler und Minderheiten von der Bühne des öffentlichen Lebens verschwinden läßt. Sobald diese Aufgabe erfüllt ist, wird das Spiel wieder von neuem beginnen.

Was auch immer geschehen mag, eines ist sicher: Europa wird (schon zum wievielten Mal?) nicht mehr das sein, was es bis dahin war.

-euk